



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag
Wissenschaftliche Dienste

Aktueller Begriff

75 Jahre NATO

Vor 75 Jahren, am **4. April 1949**, unterzeichneten in Washington, D.C. die Außenminister der USA, Kanadas und zehn europäischer Staaten (Dänemark, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Portugal) den **Nordatlantikvertrag** und schufen damit die **North Atlantic Treaty Organisation (NATO)**. Mit der Gründung dieser Verteidigungsallianz reagierten diese Staaten auf eine zunehmende Bedrohung der Sicherheit in Mitteleuropa durch die Sowjetunion, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges eine immer aggressivere Interessenpolitik verfolgte und mit ihrem stetig wachsenden Militärpotential ihre Einflusssphäre kontinuierlich zu erweitern suchte.

Der Nordatlantikvertrag unterstreicht das **Recht unabhängiger Staaten auf individuelle und kollektive Verteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen (VN)**. Laut seiner Präambel ist es das übergeordnete Ziel des Bündnisses, „die innere Festigkeit und das Wohlergehen im nordatlantischen Raum zu fördern“ und hierzu Frieden und Sicherheit aller seiner Mitgliedstaaten mit politischen und in Übereinstimmung mit der VN-Charta ggf. auch mit militärischen Mitteln zu erhalten. Ihre Handlungsfähigkeit stützt die Allianz, deren Hauptquartier sich seit 1967 in Brüssel befindet, auf politische Entscheidungsgremien wie bspw. den **Nordatlantikrat** unter Vorsitz des NATO-Generalsekretärs oder die **Nukleare Planungsgruppe** sowie auf eine **integrierte Militärstruktur**, die sie in den vergangenen 75 Jahren genauso wie ihre **strategischen Konzepte** fortwährend an die sich verändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen angepasst hat.

Die Zeit des **Kalten Krieges** war seitens der NATO durch drei den Gedanken der Abschreckung betonende Nuklearstrategien gekennzeichnet, deren Grundlage das am 6. Januar 1950 vom Nordatlantikrat gebilligte „**Strategische Konzept zur Verteidigung des Nordatlantikraums**“ war. Nach diesem Konzept, das 1952 zunächst in die Nuklearstrategie der „**Vorneverteidigung**“ („*forward strategy*“) mündete, sollte ein sowjetischer Angriff so früh wie möglich gestoppt werden. An die Stelle der Strategie der „Vorneverteidigung“ trat 1957, zwei Jahre nach dem **NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland am 6. Mai 1955** und der Gründung des **Warschauer Paktes am 14. Mai 1955** durch zahlreiche sozialistische Staaten Europas (unter ihnen die DDR), die Nuklearstrategie der „**Massiven Vergeltung**“ („*massive retaliation*“). Sie sah bei einem Vorstoß von Truppen des Warschauer Paktes auf NATO-Gebiet einen sofortigen Gegenschlag mit Atomwaffen gegen die Sowjetunion vor. Vor dem Hintergrund eines wachsenden sowjetischen Atomwaffenpotentials verabschiedete die NATO 1968 schließlich die Nuklearstrategie der „**Flexiblen Erwidern**“ („*flexible response*“). In deren Zentrum stand eine für den Warschauer Pakt nicht vorhersehbare militärische (Gegen-)Reaktion auf seinen zu erwartenden Angriff. Aufbauend auf den vom damaligen belgischen Außenminister verfassten und nach ihm benannten **Harmel-Bericht** nahm die Allianz neben der Abschreckung die Entspannung als ihre zweite Kernaufgabe in diese Nuklearstrategie auf. Dieser Doppelansatz aus **Abschreckung und Entspannung**, der seinen Ausdruck u.a. in dem **NATO-Doppelbeschluss** vom 12. Dezember 1979 fand, verhinderte trotz globalen Wettrüstens in den 1970er und 1980er Jahren nicht nur eine atomare Katastrophe, sondern führte zwischen den USA und der Sowjetunion letztlich sogar zu nuklearen Abrüstungsverträgen.

Nach Zerfall der Sowjetunion und Auflösung des Warschauer Paktes verabschiedete die NATO 1991 „**The Alliance's New Strategic Concept**“. In diesem, sich vom Abschreckungsgedanken lösenden zweiten Konzept betonte das Bündnis seine Bereitschaft zur **Zusammenarbeit**, u.a. mit den früheren Ostblockstaaten, und unterstrich die Bedeutung von **Krisenmanagement und Konfliktverhinderung**. Wie schnell Kriseneinsätze für die NATO dann tatsächlich zur Realität werden sollten, zeigten nach dem Zerfall Jugoslawiens und dem Aufkommen von Nationalismus und ethnischer Gewalt in diesem Land die dortigen Einsätze *Sharp Guard, Deny Flight, IFOR/Joint Endeavour* und SFOR. Dabei wurde schon früh die Bedeutung partnerschaftlicher Zusammenarbeit auch mit Streitkräften aus Nicht-NATO-Ländern deutlich. Zur Anbindung solcher Staaten an die NATO schuf diese 1994 das Programm „**Partnerschaft für den Frieden**“ (PfP). Nur neun Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung und Integration des Gebietes der ehemaligen DDR und von Gesamtberlin in die NATO mündete 1999 dieses Programm auf dem NATO-Gipfel in Washington mit der Aufnahme Polens, Tschechiens und Ungarns in die Allianz in einer ersten Runde der NATO-Osterweiterung. Bei diesem Treffen zum 50. Jahrestag der NATO wurde mit „**The Alliance's Strategic Concept**“ zudem das dritte strategische Konzept des Bündnisses verabschiedet. Dieses unterstrich die Bereitschaft der Allianz, auch außerhalb des Bündnisgebietes (sog. „Out-of-Area-Einsätze“) und ggf. sogar ohne Mandat des VN-Sicherheitsrates militärisch zu intervenieren. Ohne eine solche Legitimation erfolgte dann tatsächlich noch im selben Jahr die NATO-Operation *Allied Force* zur Beendigung systematischer Vertreibung und des Völkermordes im Kosovo.

Mit den Angriffen der islamistischen Terrororganisation Al-Qaida **am 11. September 2001** auf Ziele in New York (World Trade Center) und Washington (Pentagon) **begann für die NATO ein neuer Zeitabschnitt**. Als Reaktion auf diese Anschläge rief sie am 2. Oktober 2001 nach Art. 5 des Nordatlantikvertrags erstmals den **Bündnisfall** aus. Es folgte ein insgesamt 20-jähriges militärisches Engagement der NATO zum **Sturz des Taliban-Regimes in Afghanistan**, zur **Bekämpfung des internationalen Terrorismus** (Operation *Enduring Freedom*), zur **Stabilisierung Afghanistans** (ISAF) sowie zur **Ertüchtigung afghanischer Sicherheitskräfte** (*Resolute Support*). In die Zeit dieser Einsätze, die im Deutschen Bundestag gegenwärtig eine Enquete-Kommission und ein Untersuchungsausschuss (Abzug der Bundeswehr, Evakuierungsoperation 2021) evaluieren, fiel 2010 die Verabschiedung des „**Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organization**“. Dieses vierte strategische Konzept der Allianz betonte den Wert kooperativer Sicherheit und sah in diesem Zusammenhang auch eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Russland vor.

Einer solchen Kooperation stand jedoch seit etwa 2008 (Krieg in Georgien) Moskaus expansionistische Machtpolitik entgegen, die das Bündnis – spätestens nach Russlands **völkerrechtswidriger Annexion der Krim** im Jahr 2014 – letztlich zum strategischem Umdenken zwang. Wie das kurz nach der **russischen Invasion in die Ukraine am 24. Februar 2022** verabschiedete „**NATO 2022 Strategic Concept**“ hervorhebt, gelten nach den Jahrzehnten der Blockkonfrontation und des langjährigen Engagements der Allianz als internationaler Krisenmanager und „Weltpolizist“ heute – 75 Jahre nach Gründung der NATO – nunmehr alle Anstrengungen der aktuell 31 Mitgliedstaaten erneut der Stärkung der **Bündnisverteidigung** sowie der **Abschreckung** Russlands, das zurzeit eine ernste Gefahr für die europäische Sicherheit darstellt und den Weltfrieden massiv bedroht.

Quellen:

- Nordatlantikvertrag, [NATO - Official text: The North Atlantic Treaty, 04-Apr.-1949](#), 4. April 1949.
- Kamp, Karl-Heinz (2017): [Grundzüge einer neuen NATO-Strategie \(degruyter.com\)](#), in: SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen 3/2017, 21. Februar 2017.
- A Short History of NATO, [NATO - Declassified: A short history of NATO](#), 3. Juni 2022.